Auftakt

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **102 (2005)**

Heft 4

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Dämpfer für das neoliberale Projekt

Zum Schluss hat er noch ein deutliches Zeichen gesetzt: Beim EU-Gipfel Ende Oktober schrieb der scheidende Bundeskanzler Gerhard Schröder seinen Amtskollegen ins Stammbuch, der Markt dürfe nicht zum «letztgültigen Massstab für politisches Handeln» werden. Schröder, dem der kürzlich verstorbene SPD-Vordenker Peter Glotz in seiner Autobiografie ein hohes Mass an «Wandlungsfähigkeit» attestiert, hat vermutlich gemerkt, dass sich der Wind dreht: Eine Reformpolitik, die das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit negiert und alles Heil von Liberalisierungen erwartet, stösst auf Widerstand. Das französische und niederländische Referendum über die europäische Verfassung sowie die deutsche Bundestagswahl vom 18. September sind Belege dafür, dass dem neoliberalen Projekt die Akzeptanz abhanden kommt. Die marktradikalen Positionen der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel haben viele aufgeschreckt, die Union stürzte auf klägliche 35 Prozent ab. Wer Neoliberalismus pur wollte, wählte lieber gleich FDP.

Mit einem volksnahen Wahlkampf wollte Schröder vertuschen, dass es seine Regierung war, die mit ihrer «Agenda 2010» einseitige Belastungen für die weniger Privilegierten geschaffen hat. Dagegen durften die Reichen unter Rot-Grün ganz ungeniert noch reicher werden. Diese Taktik hat sich ausgezahlt – zwar nicht für Schröder selbst, aber für seine Partei: Die sozialdemokratischen Verluste fielen bedeutend geringer aus als erwartet. Bemerkenswert ist das Comeback der Linkssozialisten: Die Linkspartei.PDS entwickelte eine nachvollziehbare Kritik an der herrschenden Politik des Staatsumbaus auf Kosten der Schwachen.

Weil der rechnerischen «Mehrheit links von der Mitte» kein gemeinsames politisches Programm entspricht, bleibt nichts anderes als eine grosse Koalition der Verlierer. Faktisch gab es die Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU/CSU bereits während Schröders Kanzlerschaft: Die allermeisten rot-grünen Gesetze hätten ohne Zustimmung der Unionsparteien die parlamentarischen Hürden nicht passieren können. Es ist zu erwarten, dass die schwarz-rote Koalition das System der sozialen Sicherheit weiter aushöhlen wird. Alleine schon die angekündigte Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre zeigt die Paradoxien des Kurses: In Deutschland beschäftigen heute mehr als 50 Prozent der Betriebe keine über 50-Jährigen. Angesichts eines Heers von Arbeitsuchenden wählt man lieber die Jüngeren, Unverbrauchten. In einer solchen Situation bedeutet die Erhöhung des Rentenalters nichts anderes als eine Verlängerung der prekären Übergangsphase zwischen Lohnarbeit und Ruhestand.

Peter Glotz hatte einst das Bild von der SPD als einem schwer manövrierbaren Tanker geprägt. Diese Charakterisierung trifft inzwischen auch auf die Union zu. Beide «Volksparteien» versuchen jetzt mit mehr oder weniger vereinten Kräften wieder flott zu werden, indem sie «Ballast» abwerfen und den Sozialstaat «verschlanken». Ob ihnen das etwas nützen wird?

Kurt Seifert